

noch die Erzeuger, Händler oder Verwender von Agrarrohstoffen tätig werden. Wer mit einer Partie Weizen oder Reis, einer Anzahl Hektoliter Öl etc. handle, müsse gehalten sein, die vereinbarte Ware auch zu liefern. Außerdem empfehle es sich, die – von den

Akteuren – zu hinterlegenden Sicherheiten für solche Geschäfte zu erhöhen.

(Auszug aus dem Buch »Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt«. C. Bertelsmann, München 2012, 320 S., 19,99 €.) ■

Christoph Zöpel

»Freiheit von Not«

Ist die Ernährung einer Weltbevölkerung von 9 Milliarden möglich?

Wie können alle Menschen weltweit ausreichend ernährt werden? Bei der Suche nach Lösungsansätzen für diese zentrale Zukunftsfrage stößt man schnell auf das zugrundeliegende Verteilungsproblem. Dieses lässt sich nur durch eine weltsozialstaatliche Integration in den Griff bekommen.

Die Welternährung bzw. der Hunger in der Welt sind weltgesellschaftliche Handlungsfelder seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Bereits 1905 wurde das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom gegründet, als Frühwarnsystem über die Weltmarktentwicklung von Agrarprodukten, um nationalstaatliche Nachteile für die jeweils heimischen Produzenten und Verbraucher vermeiden zu können. Die begrenzte agrarpolitische Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten war erfasst, nationaler Egoismus aber nicht überwunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte US-Präsident Roosevelt die globale Ernährungspolitik zur universalen Menschenrechtspolitik. Um die »Freiheit von Not«, eine seiner vier Freiheiten, weltweit zur Geltung zu bringen, initiierte er im Mai 1943 eine Konferenz der Vereinten Nationen (VN), bald nach der Vereinbarung zu ihrer Bildung, zu Fragen von Ernährung und Landwirtschaft. Das Ergebnis war die Gründung der *Food and Agricultural Organisation* (FAO) im Oktober 1945 – noch zehn Tage vor Inkrafttreten der Charta der VN. Deren Wirtschafts- und Sozialrat bildete im Oktober 1946 die *UN-Population*



Christoph Zöpel

(* 1943) Staatsminister a.D., war u.a. von 1978 bis 1990 Minister in NRW und von 2003 bis 2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. U.a. Autor von: *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft*.

christoph.zoepel@t-online.de

Commission. Gleichzeitig begann im Wissenschaftssystem, unterstützt durch privates Mäzenatentum, die Suche nach Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft, die zu einer Vermehrfachung der Hektarerträge bei Mais, Weizen und Reis führte. Während des Zweiten Weltkriegs war der Anstieg der Weltbevölkerung noch kein Problem, in Anbetracht Millionen Kriegstoter. Bis zum Ende der 50er Jahre wuchs die Weltbevölkerung moderat, dann von 1950 bis 1960 von 2,5 Milliarden auf 3 Milliarden, bis 1970 auf 3,7 Milliarden, bei einer Wachstumsrate von jährlich 2,1 %. Ende der 60er Jahre begannen so wissenschaftliche Diskussionen und globale politische Bemühungen darüber, wie die wachsende Weltbevölkerung ernährt werden könnte.

Diese Diskussionen und die tatsäch-

liche Entwicklung bis heute lassen sich auf wenige Faktoren konzentrieren. Welternährung bzw. Welthunger sind abhängig vom Verhältnis zwischen wachsender Weltbevölkerung und Tragfähigkeit der Erde, auf die Wasser und Klima Einfluss haben. Handlungsstrategien sind bestimmt von der Einschränkung des Bevölkerungswachstums einerseits und der Ausweitung nutzbarer Böden andererseits. Diese Grundfaktoren müssen allerdings differenziert werden. Die Ergiebigkeit des Bodens ist bestimmt vom technischen Fortschritt, die umfassende Ernährung der Weltbevölkerung von der Verteilung der Nahrungsgüter. Während der technische Fortschritt zu meist unterschätzt wurde, bleibt die Verteilung der Nahrungsgüter zur Vermeidung von Hunger die entscheidende Herausforderung. Sie ist abhängig von der globalen ökonomischen und politischen Ordnung. Zu regionalen Hungersnöten kann der Wettbewerb zwischen Staaten wie zwischen Unternehmen führen. Große Staaten wie China und Indien sind dabei eher in der Lage Hunger zu vermeiden als kleinere weniger entwickelte Staaten. Mit Blick auf die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts lässt sich feststellen, dass die Erde tragfähig und die Wissenschaft innovativ genug ist, um die Ernährung von heute 7 Milliarden und zur Mitte des Jahrhunderts vielleicht 9 Milliarden Menschen sicherzustellen. Die Verantwortung Hungersnöte zu vermeiden liegt beim globalen politischen System, bei den VN und ihren Organisationen wie bei ihren – sich überwiegend für zu souverän haltenden – Mitgliedsstaaten. Das Wissen um notwendige Regulierungen privater Marktinteressen wie finanzielle Ressourcen besitzen sie gemeinsam eher im Überfluss.

Diskussionen und die tatsächliche Entwicklung lassen sich perspektivisch nachvollziehen. 1968 erschienen dazu zwei exemplarisch bedeutsame Bücher: von Paul Ehrlich *Die Bevölkerungsbombe* und von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler *Welternährungskrise oder Ist eine Hun-*

gerkatastrophe unausweichlich? Ehrlichs These war: zu viele Menschen. Seine Prognose: In den 70er Jahren würden gewaltige Hungersnöte die Menschheit heimsuchen. Seine Vorschläge umfassten eine Doppelstrategie: die Weltbevölkerung rasch unter Kontrolle bringen, die Nahrungsproduktion gewaltig steigern. Beide Strategien wurden verfolgt, die Weltbevölkerung wuchs allerdings weiter, prognosegerecht, der Hunger aber stieg global nicht. Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler erkannte das globale Ernährungsproblem als das, was es geblieben ist, als Verteilungsproblem. Dieser Einsicht folgten Vorschläge, bestehend aus Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung – darunter Industrialisierung, Ausbau der Infrastruktur, Bildungspolitik, Ernährungsberatung – und aus Familienplanung. Als Voraussetzung sahen sie die Notwendigkeit grundlegender sozialer Strukturveränderungen in der Internationalen Zusammenarbeit, als Möglichkeit der Finanzierung auch die Beschränkung der Rüstungsausgaben. Wissenschaft und UN-System waren damals gemeinsam auf der Höhe der Zeit. 1969 wurde der *United Nations Fund for Population Activities* (UNFPA) im Rahmen der UNDP (United Nations Development Programme) gegründet.

1972 behandelte die Fragen von Bevölkerungswachstum und Ernährung ein Buch, das die Entwicklung der Weltgesellschaft systemtheoretisch beschrieb – Dennis Meadows *Die Grenzen des Wachstums*. Es zeigte die zirkuläre Interdependenz zwischen der Anzahl der Menschen, der Nahrungsmittelproduktion und dem Einfluss auf die Umwelt der Menschheit. Generell stellte Meadows fest, dass die Geburtenrate leicht fiel, die Sterberate aber wesentlich schneller abnahm und dieses Verhältnis ausschlaggebend für den Anstieg der Weltbevölkerung sein würde. Eine Regulierung der Geburten, wie sie dann in China durchgeführt wurde, war danach nicht erforderlich.

Schon in den 80er Jahren ließen sich deutliche Erfolge im Kampf gegen den Hunger feststellen. Vor allem in China und Indien war die Nahrungsproduktion im Verhältnis zur Bevölkerung gestiegen, in Afrika, im Mittleren Osten, in der UdSSR und in Nordamerika hingegen dahinter zurückgeblieben.

Nach 1990 sind die Handlungsmöglichkeiten des UN-Systems gestiegen, der Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 und der Welternährungsgipfel 1996 demonstrierten das. Andererseits hat die unkontrollierte globale Liberalisierung der Agrarmärkte und auch der Bodenmärkte die Verteilungsprobleme verstärkt, die Handelsrunde der WTO findet keine Lösung der Interessengegensätze des globalen Agrarhandels.

Entwicklung der Weltbevölkerung

Seit 1980 nimmt die Fertilität deutlich ab, der Anstieg der Weltbevölkerung beruht auf einer deutlich gestiegenen Lebenserwartung. Die Revision der *World Popula-*

tion Prospects der VN von 2012 zeigt: Global betrug die Fertilität zwischen 1975 und 1980 3,85 Kinder, für den Zeitraum zwischen 2010 und 2015 werden 2,45 prognostiziert, für den Zeitraum zwischen 2095 und 2100 unter 2. Die Lebenserwartung hat zwischen 2000 und 2005 67,1 erreicht, für 2010 bis 2015 werden 70,0 prognostiziert, bis 2100 81,8 Jahre. Auf dieser Grundlage wird für 2025 eine Weltbevölkerung von 8,08 Milliarden Menschen prognostiziert, für 2050 9,55 und für 2100 10,85 Milliarden. Varianten, die eine Fertilität von 0,5 Kindern mehr oder weniger annehmen, verändern die 2050-Prognose um 1,3 Milliarden auf 10,9 bzw. 8,3 Milliarden Menschen. Diese untere Variante hält Jörgen Randers in seinem Bericht »2052« an den Club of Rome für die wahrscheinliche. Er nimmt an, dass sich die Zahl der Kinder pro Frau 1 annähern wird und so die Weltbevölkerung abnehmen wird. Randers erwartet einen Höchststand von 8,1 Milliarden Anfang der 2040er Jahre.

Beide Prognosen beinhalten zwei dramatische Veränderungen der weltweiten

gesellschaftlichen Entwicklung, die mit der kontinuierlichen Alterung der Weltbevölkerung und der Produktivitätssteigerung der Agrarwirtschaft zusammenhängen: das Ende der traditionellen Großfamilie und eine rapide Urbanisierung.

Bis 2050 wird global der Anteil der über 60-Jährigen von 13,4 % auf 25,3 % angestiegen, der Anteil der unter 14-Jährigen von 26,2 auf 21,3 % zurückgegangen sein. Bei 2,24 Kindern pro Frau sind damit Großfamilien, in denen die Kinder für die Älteren sorgen, überwiegend in informeller Tätigkeit, demografisch nicht mehr möglich. Eine Entwicklung, die in den besser entwickelten Staaten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zum Aufbau staatlicher sozialer Sicherungssysteme geführt hat, wird zur globalen Notwendigkeit.

Produktivitätsfortschritte auch in der Landwirtschaft führen zur Verminderung der sektoral erforderlichen Arbeitskräfte. In den besser entwickelten Staaten werden im Agrarsektor weniger als 5 % der arbeitsfähigen Bevölkerung benötigt, in weniger entwickelten, zumal in Indien noch bis zu zwei Drittel. Sie bevölkern den ländlichen Raum und leben überwiegend in tiefer Armut. Der ökonomische Strukturwandel und die Not machen die Wanderung in die Städte zum einzigen »Ausweg«. Urbanisierung als eine unerwünschte Entwicklung anzusehen ist aber menschenverachtend; die urbane Konzentration ökologischer Probleme ist eine lösbare Herausforderung. Für die Ernährung der zugewanderten Stadtbewohner – zwei Drittel von ihnen arbeiten in Dienstleistungsbereichen – können Formen urbaner Landwirtschaft Beiträge zum Lebensunterhalt leisten.

Problem Wasserressourcen

Produktivitätsfortschritte im Agrarsektor haben die Tragfähigkeit der Erde erhöht, allerdings mit ökologischen Folgeschäden. Zukünftig müssen Produktivitätssteige-

rungen mit der Vermeidung ökologischer Schäden einhergehen. Sie verlangen wohl auch gentechnologische Innovationen. Und Änderungen der Ernährungsgewohnheiten, vor allem in besser entwickelten Staaten drängen sich auf.

Sie ergeben sich aus der Übernutzung der Wasserressourcen. Weltweit sind Trinkwasser und Sanitärwasser nicht knapp, allerdings müssten gewisse Verteilungsbedingungen gewährleistet sein: Trinkwasser muss in gesundheitlich unbedenklicher Qualität für alle und bezahlbar verfügbar sein. Noch bestehen immense Verteilungsprobleme, die durch geografische Verhältnisse verschärft werden können. Eine technische Möglichkeit ist die Meerwasserentsalzung; sie ist nur noch ein Kostenproblem, das im Mittleren Osten sowohl von den Golfstaaten wie auch von Israel überwunden ist. 70 % des weltweiten Wasserverbrauchs entfällt auf die Landwirtschaft, davon weit über die Hälfte auf die Tierhaltung. Ein höherer Anteil pflanzlicher Nahrung würde den Wasserbedarf vermindern.

Globalpolitische Verteilungserfordernisse

Zuerst einmal ist Hunger die Folge von Armut, die in den ländlichen Gebieten vor allem Afrikas nicht überwunden ist und dort durch kriegerische Konflikte, oft für Rohstoffinteressen global agierender Konzerne, verschärft wird. Hunger ist dann die Folge zu langsamer Abnahme des Bevölkerungswachstums wegen unzureichender Bildung. Hunger wird nicht überwunden, wenn der Wissenstransfer, der Voraussetzung des Produktivitätsfortschritts ist, unzulänglich bleibt. Zudem ist Hunger eine Folge der unterschiedlichen Klimabedingungen. Die Länder der gemäßigten Zonen sind hier durch die Natur privilegiert, die der Subtropen und Tropen diskriminiert. Auswege und Folgen sind

Wanderungsbewegungen. Innerhalb der territorial großen Staaten, also in Russland, China, Kanada, USA, Australien und Brasilien stellen sie kein Problem dar, zwischen kleineren Staaten muss sie global ermöglicht und geregelt werden.

All diese notwendigen Verteilungsstrategien erfordern eine Weltsozialstaatlichkeit, also eine soziale Integration der Weltgesellschaft. Sie bedeutet, dass jedem Menschen gegenüber der Menschenrechtsanspruch auf Nahrung als Grundlage sozialer Sicherheit durch Staatlichkeit eingelöst wird. Nur so ist es möglich, dass kein Mensch hungert. Die normativen Grundlagen dazu sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der »Sozial«-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 und die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation

(ILO). Der Sozialpakt ist bindendes Völkerrecht zur Garantie der »Freiheit von Not«. Er berücksichtigt auch, dass nicht alle Staaten in der Lage sind, die entsprechende soziale Ordnung zu schaffen und zu sichern. Daher verpflichtet sich »jeder Vertragsstaat, einzeln und durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit, insbesondere wirtschaftlicher und technischer Art, unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, (...) die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen.« Eine Konkretisierung haben diese völkerrechtlichen Normen durch die *Social Protection Floor-Initiative* der ILO erfahren, den Versuch globale soziale Integration zu erreichen. Er soll Zugang zu Sozialtransfers und Sozialleistungen auch in den Bereichen Wasser und Ernährung fördern. ■

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Die gastronomische Revolution

Den 83 Millionen deutschen Bürgern standen im Jahre 2011 knapp 77.000 Restaurants zur Verfügung, wenn sie außerhalb der eigenen vier Wände ihren Hunger stillen oder eine Suppe mit Freunden löffeln wollten, dazu gut 30.000 Imbiss-Stuben für einen raschen Döner, einen Burger, eine Currywurst (mit oder ohne Pommes Frites). Für jeweils gut 1.000 deutsche Leiber steht also in urbaner oder ländlicher Umgebung im Durchschnitt eine Möglichkeit bereit, Sättigung an ordentlichen Tischen zu finden, ohne Zuflucht in einer der Stehbuden suchen zu müssen. In der »speisengeprägten Gastronomie«, wie das Gewerbe in der Behördensprache genannt wird, halten sich mehr als eine halbe Million Wirte oder Bedienstete bereit, ihren Kunden ein genießbares Mahl zu servieren. Die Abfütterungsindustrie in jeder Preisklasse ist in der Tat ein volkswirt-



Klaus Harpprecht

(*1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.

schafflicher Faktor, der Respekt gebietet. Der Umsatz von 37,5 Milliarden Euro, den das Gaststätten-Gewerbe im Jahre 2012 verbuchen konnte, darf eindrucksvoll genannt werden, auch wenn er sich mit dem der Cyber-Unternehmen und selbst der altmodischen Stahlindustrie natürlich nicht messen kann.

Übrigens hat sich die Zahl der Restaurant-Betriebe seit dem Beginn des Jahrtausends um gut 20.000 verringert. Dies heißt nicht, dass die Deutschen insgesamt